

sche Pendant zu den britischen *Commonwealth Games* und den französischen *Jeux de la Francophonie* – Sportveranstaltungen, bei denen die Teilnehmer meist ehemalige Kolonien sind. Die Spiele in Macau waren kein sportliches Großereignis, bei dem Weltrekorde zu erwarten gewesen wären, aber es rückte Macau acht Tage ins Rampenlicht der portugiesischsprachigen Welt. Ca. 700 Athleten aus elf portugiesischsprachigen Ländern und Regionen nahmen teil (Brasilien, Portugal, Kap Verde, Guinea-Bissau, Angola, Mosambik, Timor-Leste, São Tomé und Príncipe, Äquatorialguinea sowie Gastgeber Macau). Ferner wurden Sportler aus Sri Lanka und Indien eingeladen. An der Eröffnungsfeier nahmen immerhin 17.000 Zuschauer teil. Den ersten Platz in der Medaillenwertung belegte Brasilien vor Portugal.

Manuel Silverio, Vorsitzender des Organisationskomitees und Erster Vizepräsident des Olympischen Komitees von Macau, geriet über die Spiele ins Schwärmen. "The largest ever event of the Portuguese-speaking countries and regions make us feel that when we are together, we united for the common development." (PDE, 16.10.06) "These games are about much more than sports. It's a cultural confluence for Portuguese-speaking people from all around the world with events ranging from arts shows and poetry symposiums to organised debates and discussions." (SCMP, 15.10.06)

Die 2. Lusofonischen Spiele werden im Jahr 2009 in Portugal ausgetragen. So wurde bei der Schlusszeremonie die Fahne an den Präsidenten des Olympischen Komitees von Portugal, Jose Vicente Moura, übergeben. (PDE, 16.10.06; XNA, 7., 11.,

13., 15.10.06; SCMP, 15.10.06)

## Taiwan

Hans-Wilm Schütte

### Korruptionsaffäre: Präsidentengattin angeklagt

Die Korruptionsaffäre im engsten Umfeld des Präsidenten, die Taiwan seit Monaten in Atem hält und die sich zu einem das politische System weitgehend lähmenden Machtkampf zwischen den Lagern ausgeweitet hat, beherrschte auch im Oktober und November das Geschehen. Zwar entspannte sich die Lage für den Präsidenten Anfang Oktober zunächst, als die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchungen in der „Gutschein-Affäre“ abschloss und feststellte, Wu Shu-chen (Wu Shuzhen), die Frau des Präsidenten, habe sich nichts strafrechtlich Relevantes zu Schulden kommen lassen. (Vgl. C.a., 4/2006, S.143-145, 5/2006, S.140-141) Zudem überstand der Präsident am 13.10. zum zweiten Mal ein Misstrauensvotum im Legislativ Yuan (s. separate Dokumentation). Derweil liefen aber die Untersuchungen bezüglich möglicher Veruntreuung von Mitteln aus einem Sonderfonds des Präsidenten weiter. Sie wurden Anfang November mit einem für den Präsidenten denkbar peinlichen Ergebnis abgeschlossen: Staatsanwalt Eric Chen (Chen Ruiren) gab bekannt, es lägen ausreichende Indizien vor, um sowohl gegen die Präsidentengattin als auch den Präsidenten selbst Anklage zu erheben. Beide hätten von Juli 2002 bis März 2006 die Gelegenheit ge-

nutzt, die das Präsidentenamt bot, von dem erwähnten Sonderfonds 14,8 Mio. TWD (345 000 EUR) in die eigene Tasche zu stecken.

Tatsächlich angeklagt wurde jedoch nur Frau Wu, und zwar wegen des Verdachts auf Veruntreuung, Falschaussage und Urkundenfälschung. Ihr drohen bis zu sieben Jahre Haft. Der Präsident selbst genießt Immunität. Anklage wegen Urkundenfälschung wurde ebenfalls gegen den stellvertretenden Leiter des Präsidentenbüros Ma Yung-cheng (Ma Yongcheng) erhoben, der als Chen Shui-bians „rechte Hand“ galt; zwei weitere Angestellte des Präsidentenbüros haben sich wegen Falschaussage zu verantworten.

In einer einstündigen Fernsehansprache, die Präsident Chen tags darauf hielt, stritt er die Vorwürfe weiterhin ab und beteuerte, er und seine Frau seien unschuldig und hätten sich nicht bereichert. Zwar treffe es zu, dass für Ausgaben aus der Sonderkasse falsche Belege vorgelegt worden seien, doch sei dies im höheren Interesse der nationalen Sicherheit und der internationalen Präsenz Taiwans geschehen. Da es sich um sensible Vorgänge handele, die der Geheimhaltung bedürften, könne er nicht alles konkretisieren. Chens Angaben zufolge wurden mit den Geldern sechs hoch geheime diplomatische Missionen finanziert. Von diesen konnte die Staatsanwaltschaft allerdings nur zwei verifizieren.

Hatte Chen zuvor erklärt, er würde zurücktreten, wenn seiner Frau strafrechtliche Verfehlungen nachgewiesen würden, konkretisierte er dies nun dahingehend, dass er zurücktreten werde, wenn seine Frau verurteilt würde. Das freilich könnte lange dauern – womöglich bis zum Ende

der Amtszeit des Präsidenten (Mai 2008) oder sogar noch länger. Laut Staatsanwalt Eric Chen ist die Materie kompliziert. Der Prozessbeginn wurde auf Mitte Dezember terminiert.

Wie Wus Aussichten sind, von den Vorwürfen freigesprochen zu werden, lässt sich derzeit naturgemäß nicht überblicken. Nach den Indizien zu urteilen, die Eric Chen der Presse mitteilte, dürfte es für Wu (und damit auch für den Präsidenten) jedoch eng werden. Demnach reichte Wu 29 Rechnungen zur Erstattung durch die Staatskasse ein – aus Einkäufen von Schmuck, Kleidung, Schuhen, Sonnenbrillen und anderen Konsum- und Luxuswaren, darunter ein Diamantring im Wert von 30.000 EUR und ein Schal im Wert von 3.500 EUR. Bedienstete der Läden, in denen Wu Kleidung gekauft hatte, bezeugten, dass sie diese anprobiert habe – demnach wohl für sich selbst kaufte. Ähnliches galt für den Diamantring.

Die Vorwürfe von Staatsanwalt Eric Chen erhalten noch dadurch eine pikante Note, dass dieser seine politische Heimat im „grünen Lager“ der DPP hat und sich in der Demokratiebewegung, die zum Ende der Einparteienherrschaft führte, sogar schon früher engagierte als der Präsident. Seit dem Jahr 2001 gehört er einer unter der DPP-Regierung eingerichteten Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft an, die sich speziell mit der strafrechtlichen Aufklärung des politischen Filzes befasst, den Taiwan aus der KMT-Ära erbt. Eric Chen steht also keineswegs im Verdacht, Indizien im Sinne der Opposition bewertet zu haben.

Die Regierungspartei DPP schloss Wu Shu-chen und die anderen Angeklagten En-

de November aus der Partei aus – bis zu einem eventuellen erstinstanzlichen Freispruch.

Der Präsident steht nun isolierter da als je zuvor. Seine Glaubwürdigkeit tendiert auch unter seinen Parteigenossen gegen Null (obwohl die Partei ihn noch offiziell stützt); zudem hat er kaum noch politische Handlungsmöglichkeiten. Sollte sich seine Unschuld und die seiner Frau erweisen, sind die Vorgänge gerade auch für Wu äußerst bitter. Sie, die anders als ihr Mann aus einer wohlhabenden Familie stammt, hatte Chen Shui-bian in der Zeit der Diktatur stets mutig unterstützt. Ihre Querschnittslähmung, die sie seit 1985 an den Rollstuhl fesselt, geht auf einen Unfall zurück, von dem vermutet wird, dass es sich um einen politisch motivierten Anschlag handelte. Gerade vor der leidvollen Lebensgeschichte der beiden sowie vor dem Hintergrund der Ideale, für die sie kämpften, erschien ihnen Mitstreitern und Weggenossen bisher unvorstellbar, dass sie sich auf Staatskosten bereichern könnten. Wieweit die korumpierende Kraft politischer Macht dieses Mal tatsächlich reicht, wird man jedoch wohl erst in ein oder zwei Jahren genauer wissen.

Es bleibt die Frage, warum Chen weiterhin an seinem Präsidentenstuhl klebt. Unter den verschiedenen Antworten, die hierauf möglich sind, verdient eine besondere Betrachtung: Er will vermutlich verhindern, dass Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) das Ruder übernimmt. Dass diese für ihre schrillen Töne und ihre undiplomatische Art gefürchtete Frau auf höchste Staatsamt aufrückt, muss auch für die Mehrheit an der DPP-Spitze eine unangenehme Vorstellung sein. Dies könnte mit

erklären, warum die DPP dem Präsidenten überhaupt noch den Rücken stärkt. Schließlich dürfte er gerade im Vorfeld der anstehenden Bürgermeisterwahlen in Taipei und Kaohsiung, die als Richtungswahl von landesweiter Bedeutung sind, nur noch als politischer Ballast empfunden werden. Dieser wäre für manchen DPP-Politiker aber immer noch leichter zu tragen als eine Vizepräsidentin Lü. (ST, 3.10., 4., 9.11.06; WSJ, 3.10.06; FT, 4.11.06; TT, 5., 6., 7., 27.11., 1.12.06; SCMP, 4., 5., 9.11.06; NZZ, 6.11.06)

## Zwei weitere Misstrauensvoten gescheitert

Im Berichtszeitraum Oktober/November hatte Präsident Chen im Parlament, dem Legislativ Yuan, gleich zwei Misstrauensvoten zu überstehen. Nach dem ersten derartigen Versuch, mit dem die Opposition bereits am 27. Juni gescheitert war (vgl. C.a., 4/2006, S.141-143), handelte es sich um die Misstrauensvoten Nummer zwei und drei. Das nötige Zweidrittelquorum wurde jedoch wiederum verfehlt.

Mit Datum vom 13.10. unternahm die Opposition ihren zweiten Anlauf zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen den unter Korruptionsverdacht stehenden Präsidenten. Die größere der zwei Oppositionsparteien, die KMT, unterstützte diesen von ihrem Juniorpartner PFP eingebrachten Antrag jedoch nur halbherzig, da ein erneutes Scheitern abzusehen war. Bis Ende September hatte sich der KMT-Fraktionsvorsitzende Tsai Chin-lung noch bemüht, der PFP den Antrag auszureden. Als dies nicht fruchtete, blieb der KMT

nichts anderes übrig, als den Antrag ebenfalls zu unterstützen. Da die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen die First Lady Wu Shu-chen in der „Gutschein-Affäre“ jedoch inzwischen eingestellt hatte und der Präsident insofern vom Verdacht der Korruption teilweise entlastet war (s. obige Dokumentation), kam die Opposition einem Erfolg nicht näher als im Juni, im Gegenteil: Nicht nur wurde das nötige Quorum um 31 Stimmen verfehlt, sondern die Zahl der Befürworter schrumpfte auch gegenüber dem Juni-Votum von 119 auf 116. Die Regierungspartei DPP hatte die Abstimmung boykottiert, während die Abgeordneten der Union für Taiwan-Solidarität (TSU) zwölf ungültige Stimmen abgegeben hatten. Es gab eine Gegenstimme, vermutlich von einem unabhängigen Parlamentarier.

Der vorerste letzte Versuch, den Präsidenten aus seinem Amt zu entfernen, folgte am 24.11. Die Voraussetzungen hatten sich inzwischen sehr zuungunsten des Präsidenten entwickelt (s. obige Dokumentation). Tatsächlich schwankte die TSU, traditionelle Verbündete der Regierungspartei DPP, zunächst, ob sie den Antrag nun nicht unterstützen sollte; entschied sich dann aber doch dagegen mit dem Argument, Chen habe sich zum Rücktritt bereit erklärt, wenn seine Frau im anstehenden Verfahren schuldig gesprochen würde, und man respektiere seine derart unterstrichene Überzeugung, unschuldig zu sein. Es war allerdings ebenfalls klar, dass, selbst wenn der Antrag die Unterstützung der TSU fände, immer noch Ja-Stimmen aus der Regierungspartei nötig wären, um eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Oppositionsführer Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) bemühte sich dann auch sehr, die DPP davon zu überzeugen, dass sie dem

Land und auch sich selbst einen Gefallen täte, wenn sie den Präsidenten fallen ließe.

Schließlich stimmten 118 Volksvertreter für den Antrag, wobei von der TSU wie zuvor ungültige Stimmen kamen, während die DPP-Fraktion der Abstimmung fernblieb.

Der interessante Aspekt an der letzten Abstimmung ist, dass das „grüne“ Lager aus DPP und TSU am Präsidenten festhält, obwohl dies den Kandidaten beider Parteien bei den anstehenden Wahlen in Taipei und Kaohsiung eher schaden als nutzen wird. Wie in der obigen Dokumentation bereits gesagt, dürfte die Aussicht auf Annette Lü im Präsidentenamt nur wenigen behagen. Das Abstimmungsverhalten streng nach Lagerzugehörigkeit spricht aber auch für die tiefe Kluft, die beide Lager trennt. Diese spiegelt sich in vielfacher Weise auch in der sonstigen Arbeit des Legislativ Yuan wider, in der die Opposition mit ihrer Mehrheit die Regierungspolitik so gut blockiert, wie es nur irgend geht ohne Rücksicht auf die Sache. Die Abstimmungen zur Amtsenthebung boten DPP und TSU endlich einmal Gelegenheit, es der Opposition mit gleicher Münze heimzuzahlen.

In den unterlegenen Fraktionen von KMT und PFP rächt sich mancher Abgeordneter nun, indem die von den Medien unterhaltene Gerüchteküche weiter geschürt wird. Dabei nimmt die allgemeine Schlammschlacht schon hysterische Züge an. So unterstellte der KMT-Fraktionsvorsitzende Tsai Chin-lung (Cai Jinlong) Chen Shui-bian Ende November, eine im Jahr 2004 von diesem initiierte – und vom Parlament verabschiedete – Gesetzesänderung, die dem Präsidenten das Recht auf einen Diplomatenpass zuspricht,

deswegen vorgenommen zu haben, weil er 2008, unmittelbar vor Ende seiner Amtszeit, aus Taiwan fliehen wolle, um sich so der Strafverfolgung zu entziehen. Das wäre schon eine erstaunliche Leistung, das Parlament eines Landes derart für die eigene Lebensplanung dienstbar gemacht zu haben, ohne dass ihm irgendwer auf die böse Schliche kam. (TT, 1.10. 5., 11., 29.11.06; WSJ, 13.10.06; SCMP, 14.10., 24., 25.11.06; ST, 14.10., 7.11.06; FAZ, 11., 25.11.06)

## **Druck auf Präsident Chen: Protestbewegung, öffentliche Meinung, Weggefährten**

Die öffentlichen Proteste gegen Präsident Chen Shui-bian flauten im Berichtszeitraum weitgehend ab. Wie schon zu vermuten war, konnte Organisator Shi Ming-te (Shi Mingde) den anfänglichen Druck von der Straße nicht aufrecht erhalten – vor allem nicht, wie er wollte, ungeschmälert bis zum Rücktritt des Präsidenten. Die Protestbewegung sank im öffentlichen Ansehen vor allem mit ihrem Versuch, den Nationalfeiertag (10.10.) für ihre Zwecke zu nutzen: Zwei Millionen Taiwaner sollten an dem Feiertag den Präsidentenpalast belagern, vor dem der Präsident in Anwesenheit zahlreicher, auch ausländischer Ehrengäste traditionell eine Rede hält. Schließlich kamen nach Polizeiangaben 125.000 bis 500.000 Demonstranten zusammen, die von 5.000 Polizisten daran gehindert wurden, sich dem Präsidentenpalast zu nähern; allerdings war die Demonstration nicht genehmigt gewesen und insofern illegal. Mehr Aufsehen erregte eine Protestaktion

auf der Feier selbst: Dort stürten etwa 50 Volksvertreter der Opposition die Rede des Staatsoberhauptes, indem sie „Nieder mit Chen Shui-bian“ skandierten. Dabei kam es zu Schlägereien zwischen Mitgliedern der Opposition und Ordnungskräften. Die Polizei widerrief kurz darauf einen Teil der Genehmigungen für weitere bis zum 22. 10. terminierte Demonstrationen und begründete dies damit, dass die Protestierer dreimal das Versammlungsrecht missbraucht und illegale Aktivitäten zugelassen hätten.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Präsidentengattin erhoben hatte, lebte die Protestbewegung noch einmal auf. In Taipei gingen 30.000 Menschen auf die Straße, und auch im südtaiwanischen Kaohsiung wurde demonstriert. Die Zahlen betragen nur einen Bruchteil dessen, was die Organisatoren noch im September an Zulauf verzeichnen konnten.

Zum Niedergang der Protestbewegung trug außer einer um sich greifenden allgemeinen Demonstrationsmüdigkeit auch die Tatsache bei, dass die Bewegung chaotisch organisiert war. Verschiedene Verantwortliche trafen unkoordinierte, teils widersprüchliche Entscheidungen und entgegen früherer Beteuerungen, man wolle sich an Recht und Gesetz halten, brachte man sich durch teils illegale Spontanaktionen um den guten Ruf. Der karnevalistische Charakter der Proteste mag dazu beigetragen haben, die Demonstranten bei Laune zu halten, doch stützte dies nicht eben die Ernsthaftigkeit des Anliegens und erforderte zudem einen organisatorischen Aufwand, wie er dauerhaft nicht zu leisten war.

Vor allem aber zeichnete sich im November immer deutlicher ab, dass nicht nur der Präsident einen undurchsichtigen Um-

gang mit seiner Sonderkasse pflegte, sondern viele andere ähnlich agierten wie er, darunter als prominentester ausgerechnet KMT-Chef Ma Ying-jeou (s. separate Dokumentation). Das Haltet-den-Dieb-Geschrei von Seiten des „blauen“ Lagers fällt seither deutlich zurückhaltender aus. Shi Ming-te als Initiator der Anti-Chen-Protteste änderte schon im Oktober auch deren Zielrichtung und gab am 23.10. bekannt, es gelte nunmehr, Druck auf das Parlament auszuüben für die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Parteien zu finanzieller Transparenz zwingt. Dies zielt vor allem gegen die KMT, die sich nach wie vor dagegen wehrt, dem Staat Vermögen rückzuübertragen, das sie sich in den Jahren der Alleinherrschaft zu Unrecht angeeignet hatte.

Während also die Zeit der großen Massenproteste zu Ende ging, wuchs das Unbehagen an Präsident Chen insgesamt weiter an. Dies ergaben zwei Telefonumfragen, die zwei dem Oppositionslager nahe stehende Zeitungen Anfang November durchführten: Nachdem die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Präsidentengattin erhoben hatte, sprachen sich 54 bis 60% der Befragten für einen Rücktritt des Präsidenten aus.

Spätestens seit der Anklageerhebung gegen Wu Shu-chen nahmen die Zweifel an der Glaubwürdigkeit Chen Shui-bians auch unter seinen Anhängern und Weggefährten zu. Zu denen, die ihm nunmehr öffentlich, wenn auch in mehr oder minder verklausulierter Form den Rücktritt nahelegen, gehören

- Lee Yuan-tseh (Li Yuanzhe), Taiwans einziger Nobelpreisträger, bis Oktober 2006 Präsident der Academia Sinica und mehrfach Stellvertreter des

Präsidenten beim Treffen der APEC-Staatschefs,

- Chen Shih-meng (Chen Shimeng), bis 2003 Generalsekretär des Präsidenten,
- Kao Chih-ming (Kao Chih-ming), einflussreicher Berater des Präsidenten, sowie
- Frank Hsieh (Xie Changting), bis Anfang des Jahres Ministerpräsident und derzeit DPP-Kandidat für die Bürgermeisterwahlen in Taipei.

Auch einige DPP-Abgeordnete mögen die Parteilinie nicht mehr mittragen und geben ihre Mandate zurück. Ihrer Meinung nach hätte der Präsident schon angesichts der Vorwürfe zurücktreten sollen, und sie werfen der Partei vor, ihre einstigen Ideale verletzt sowie die Erwartungen der Öffentlichkeit ignoriert zu haben.

Die von etlichen Beobachtern befürchtete Spaltung der DPP hat sich zwar noch nicht vollzogen, doch ist unübersehbar, dass gerade die Kritik seitens ehemaliger Weggefährten und enger Vertrauter den Präsidenten besonders hart trifft. Zudem ist die Gefahr einer Spaltung der DPP noch keineswegs abgewendet. Im Gegenteil: Nach den Wahlen in Taipei und Kaohsiung könnten sich der Druck auf Chen und die Zerreißprobe für die DPP noch einmal erheblich verschärfen. (TT, 1., 6., 8., 9., 11., 15. 24.10., 11., 13.11.06; WSJ, 9.10.06; SCMP, 4., 11., 13.10., 5., 6., 13., 14.11.06; ST, 11.10.06; IHT, 11.10.06; FAZ, 6.11.06)

## **Korruption bei Ma Ying-jeou – und Tausenden anderen?**

Nachdem ein DPP-Abgeordneter bereits im August entsprechende Anschuldigung-

gen vorgebracht hatte, geriet der Taipeier Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) im November ins Visier der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts, von einem monatlichen Sonderfonds über 340.000 TWD (7.900 EUR), der ihm qua Amtes zur Verfügung steht, regelmäßig die Hälfte auf sein eigenes Konto geleitet zu haben.

Diese neue Korruptionsaffäre ist – unabhängig von den Tatsachen – von besonderer Pikanterie aus mehreren Gründen: Estens ist Ma Vorsitzender der Nationalen Volkspartei Kuomintang (KMT) und galt bislang als sicherer Anwärter für eine Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im März 2008, zweitens genoss er stets das Image eines unbestechlichen Saubermanns, und drittens wird er nun ähnlicher Verfehlungen bezichtigt wie bereits der Präsident, gegen den er ein Amtsenthebungsverfahren dreimal unterstützte. DPP-Politiker genossen es auf einer Serie von eigens anberaumten Pressekonferenzen denn auch sichtlich, Ma mit immer neuen Beschuldigungen in Bedrängnis zu bringen – und so das Augenmerk der Öffentlichkeit vom Präsidenten abzulenken. Wie auch der Präsident beteuerte Ma nun seine Unschuld sowie seine Bereitschaft, der Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung behilflich zu sein.

Ma geriet zusätzlich unter Druck, nachdem ein städtischer Beamter, dem die Buchhaltung beim Sonderfonds oblag, eingestanden hatte, 3.754 Einzelbelege geringen Werts seit dem Jahr 2003 durch eine geringere Zahl neuer Belege höheren Werts ersetzt zu haben, um sich die Buchungsarbeit zu erleichtern. Dies gilt als Urkundenfälschung. Die derart irregulär verbuchten Beträge addieren sich auf 700.000 bis

8.000.000 TWD (16.200 bis 18.500 EUR).

Der Verdacht auf einen unkorrekten Umgang mit dem Sonderfonds verdichtete sich im November soweit, dass sich Ma zweimal, am 14. und am 24., den Fragen eines Staatsanwalts stellen musste. Auch seine Frau wurde verhört. Ma selbst erklärte, er sei mit den Mitteln so umgegangen wie alle anderen auch, die über einen solchen Sonderfonds verfügten – und das sind 6.500 Amtsträger. Für sie alle gilt ein in den 1950er Jahren eingeführtes System. Demnach muss die Hälfte der aus solchem Fonds getätigten Ausgaben belegt werden, während für die andere Hälfte vom Amtsträger lediglich ein Anforderungsformular auszufüllen ist, in dem er selbst den Ausgabenzweck angibt. Dieses Verfahren ist von den Revisoren seit Jahrzehnten akzeptiert worden. Ma fügte entsprechend hinzu: Wenn er deswegen korrupt sei, seien es alle anderen auch.

Gleichwohl bleibt die Frage nach seinem persönlichen Verhalten politisch interessant und möglicherweise auch strafrechtlich relevant. Dass die eine Hälfte der Geldmittel zu Teilen nicht korrekt verbucht wurde, steht nach dem Geständnis des betreffenden Beamten bereits fest, wobei Ma entschieden bestreitet, die Falschbuchungen veranlasst oder auch nur von ihnen gewusst zu haben. Was aber ist mit der anderen Hälfte? Der *Taipei Times* zufolge erklärte Ma bereits am 7. September in einem Fernsehinterview, er habe diese Gelder gegenüber dem Kontroll Yuan als Einkommen ausgewiesen. Die Überweisung der „freien“ Hälfte auf das persönliche Konto sei, so Ma, allgemeiner Brauch. Auch Ministerpräsident Su und Vizepräsidentin Lü verfahren so. Demnach wäre es

entscheidend, was mit dem Geld danach geschieht: Wird es ausgegeben für dienstliche Zwecke wie amtliche Geschenke, Bewirtung von Gästen oder Belohnungen von Angestellten? Oder fließt es in den persönlichen Konsum? Und was geschieht, wenn etwas übrig bleibt? Offenbar gibt es dazu bisher keine verbindlichen Regeln, die beispielsweise die Rücküberweisung an die Staatskasse vorschreiben. Ein Sprecher des Rechnungshofs erklärte allerdings, wer auf eine Rücküberweisung von Restbeträgen verzichte, setze sich dem Verdacht der Untreue aus. Dies trifft offenbar auch auf Ma Ying-jeou zu.

Einzelne KMT-Abgeordnete verlangten bereits Mitte November Mas Rücktritt vom Amt des Bürgermeisters: Er könne so zeigen, dass er sich vom Präsidenten vorteilhaft unterscheide. Ma selbst erklärte, er werde zurücktreten, falls die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage erhebe. Seine Amtszeit als Bürgermeister endet allerdings ohnehin am 15. Dezember. Seinen Parteivorsitz würde er offenbar zumindest suspendieren. Gemäß den Vorschriften der KMT müsste er sogar seine Mitgliedschaft aussetzen.

Ma Ying-jeou ist die ganze Sache sicherlich peinlich. Wegen der Fehlbuchungen bat er die Öffentlichkeit um Entschuldigung. Die monatlichen 170.000 TWD, die aus dem Sonderfonds direkt auf sein persönliches Konto flossen, will er zwar bestimmungsgemäß verwendet haben, gleichwohl gab er am 17.11. bekannt, er werde 15 Mio. TWD (350.000 EUR), so viel wie die Summe aus seinen acht Amtsjahren, Wohlfahrtsorganisationen spenden. DPP-Sprecher werteten dies als implizites Schuldeingeständnis.

In die Sonderfonds für landesweit 6.500 Amtsträger fließen derzeit 968 Mio. TWD (22,4 Mio. EUR) pro Monat. Das Parlament ist bereits dabei, strengere Regeln für den Umgang mit diesen Geldern auszuarbeiten, um mehr Transparenz zu erreichen – zumindest hinsichtlich dieses Ziels herrscht Einigkeit unter den Parteien. Auch schärfere Strafen werden angestrebt. Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang) erließ bereits eine Verordnung, wonach ab 1.1.2007 alle Ausgaben belegt werden müssen. Außerdem zeichnet sich ab, dass die Zahl der Sonderfonds verringert wird.

Nach einer Rechnungshofstatistik nehmen etwa 4 % der Empfänger den Sonderetat nicht in Anspruch. Da von diesen abgesehen kaum ein Amtsträger mit den unkontrolliert anvertrauten Geldern nach heutigen Maßstäben korrekt umgegangen ist, müsste die Staatsanwaltschaft gegen die meisten der 6.500 Empfänger Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue einleiten – ein Ding der Unmöglichkeit, zumal sie dabei auch gegen sich selbst ermitteln müsste. Vermutlich dürfte eine Amnestie der einzige Ausweg sein, wie ihn die DPP-Fraktionsvorsitzende Yeh Yi-chin (Ye Yijin) bereits vorschlug und darin von ihrem KMT-Kollegen Tsai Chin-lung (Cai Jinlong) sowie Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping, KMT) unterstützt wurde. Da Angehörige beider großer Parteien betroffen sind, könnte man sich darüber im Parlament auch rasch einigen.

Ma Ying-jeous politische Zukunft liegt nicht nur deswegen einstweilen im Ungewissen. Sollte die Staatsanwaltschaft tatsächlich gegen ihn Anklage erheben, wäre seine Kandidatur für die Präsidenten-



schaftswahlen 2008 ernstlich gefährdet. (TT, 14.10., 7., 15., 16., 17., 18., 19., 23.11.06; ST, 13., 15., 16., 18., 25.11.06; SCMP, 15., 16., 18., 19., 24.11.06; FT, 21.11.06)

## **Aids-/HIV-Infektionen: Gipfel überschritten?**

Wie Anfang Oktober ein Taipeier Staatsanwalt bekanntgab, verzeichnete Taiwan im Jahr 2004 (sic) einen starken Anstieg bei den Aids-Infektionen auf 544 gemeldete Fälle. Dies war der siebenfache Wert des Vorjahres – und damit mehr als die Summe der Neuinfektionen in den Jahren 1998-2003.

Die Justiz betrifft der bedenklich steile Anstieg insofern, als er vor allem durch Rauschgiftsüchtige zustande kommt, die sich Injektionsnadeln teilen. Das Problem sei, so der Sprecher, durch polizeiliche Maßnahmen nicht in den Griff zu bekommen. Wichtig sei allerdings die Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels.

Es erstaunt freilich, dass der Staatsanwaltschaft die neuesten Zahlen und Berichte des Gesundheitsministeriums (Weisheng Shu, Department of Health) nicht bekannt sind, dessen Seuchenkontrollzentrum (Jibing Guanzhi Ju, Center for Disease Control) das Vordringen von Aids bereits seit 1985 bekämpft – mit wechselndem, neuerdings offenbar wieder etwas größerem Erfolg. Demnach wurde bei den Neuinfektionen in den Monaten Januar bis Oktober 2005 ein Rekordwert von 2.869 erreicht, während die Zahl im gleichen Zeitraum 2006 mit 2.499 um 310 oder 13% niedriger war. Nur in acht von 25 Städten und Landkreisen gab es eine weitere

Zunahme. In Taipei-Stadt kam die große Mehrheit der Neuinfektionen durch Geschlechtsverkehr zustande (82%), während anderenorts mehrheitlich Rauschgiftsüchtige durch gemeinsamen Gebrauch von Nadeln betroffen sind. Allerdings nimmt der Anteil der Virusinfektionen auf Grund von Sexualkontakten überall zu. Auch in dem Punkt scheint die Taipeier Staatsanwaltschaft nicht ganz auf der Höhe der Zeit zu sein – zumindest soweit die Berichterstattung ein Urteil darüber erlaubt.

Erfreulich ist, dass das Seuchenkontrollzentrum mit im letzten Jahr aufgelegten Pilotprojekten zur Minderung der Infektionsrisiken zumindest teilweise erfolgreich war: In drei der vier Kreise bzw. Städte, in denen die Projekte liefen, konnte ein Rückgang der Neufälle erzielt werden – im Falle des Kreises Taipei um 11%. Dort profitierten besonders Rauschgiftsüchtige von dem Programm. Im Sommer dieses Jahres wurden die Projekte nunmehr auf alle Städte und Kreise ausgedehnt. Dazu gehört, Süchtigen leichteren Zugang zu neuen Injektionsnadeln zu verschaffen, sowie das Angebot von Methadon als Ersatzdroge für Heroinsüchtige in der Rehabilitation.

Bedenklich allerdings stimmt, dass trotz des Hoffnung weckenden Gesamtbilds die Zahl der durch Sexualkontakt induzierten Infektionen weiterhin zunimmt. Hier hat das Seuchenkontrollzentrum offenbar noch einiges an Aufklärungsarbeit vor sich. (TT, 7.10.06; [www.cdc.gov.tw/en](http://www.cdc.gov.tw/en), 21.11.06)

## **Cheng Ding-nan gestorben**

Am 5.11 verstarb im Alter von 63 Jahren

der frühere Justizminister Chen Ding-nan. Erst im April war bei ihm Lungenkrebs diagnostiziert worden, obwohl Chen Nichtraucher war. Er führte über seine letzten Lebensmonate ein Internet-Tagebuch unter dem Titel „Guten Morgen, Todesgott“.

Mit Chen Ding-nan verlor die Demokratische Fortschrittspartei DPP eines ihrer prominentesten und angesehensten Mitglieder. Unter Präsident Chen Shui-bian war er von Mai 2000 bis Januar 2005 Justizminister gewesen und hatte sich in seiner kompromisslosen, unbestechlichen Art großen Respekt erworben durch die Tatkraft, das Geschick und die Unparteilichkeit, mit der er politische und juristische Missstände bekämpfte: Korruption, Stimmenkauf und den politischen Filz als Erbe der Einparteienherrschaft, an dem die junge taiwanische Demokratie heute dank seiner energischen Aufräumarbeit weniger leidet als bei seinem Amtseintritt. Bei Meinungsumfragen erzielte er stets hohe Zustimmungswerte.

Seine politische Laufbahn endete jedoch mit einer schmerzlichen Niederlage. Als er im Dezember 2005 in seiner Heimat Yilan für den Landratsposten kandidierte – nachdem er zu diesem Zweck sein Regierungsamt aufgegeben hatte –, gelang es ihm trotz seines Ansehens nicht, sich entgegen dem landesweiten Trend gegen den KMT-Kandidaten durchzusetzen. Das Landratsamt hatte er zuvor bereits von 1981 bis 1989 innegehabt.

Der Demokratiebewegung, aus der die DPP hervorging, war er seit Ende der 1970er Jahre verbunden. Viele der so genannten Dangwai-Aktivisten unterstützte er auch finanziell. (TT, 6.11., 8.11.06)

## Bekämpfung von Scheinehen mit VR-Bürgern

Die Einwanderungsbehörde gab Anfang November bekannt, dass in den vergangenen drei Jahren 16.819 Fälle aufgedeckt wurden, in denen Bürger der VR China Scheinehen mit Taiwanern eingegangen waren. Dies waren zwischen dem 1.9.2003 und dem 31.10.2006 12,6% aller 133.305 Bürger der VR China, die mit dem Ziel der Heirat nach Taiwan einreisten. Sie alle müssen sich seit September 2003 überprüfen lassen; dies geschieht durch Gespräche in dazu eingerichteten Räumen, die sich außer in den städtischen Zentren auch an den internationalen Flughäfen von Kaohsiung und Taipei/Taoyuan befinden.

Taipei möchte auf diese Weise einen unkontrollierten Zustrom aus Festlandschina verhindern. Da es sich bei den prospektiven Immigranten vor allem um junge Frauen handelt, richtet sich die Maßnahme vor allem gegen Menschenhandel und Prostitution und weniger gegen eine unauffällige Einschleusung von Spionen, Abgelehnte Bewerber werden ausgewiesen. (TT, 7.11.06)